

# Der Koalitionsvertrag

## Eine Bewertung aus männerpolitischer Perspektive

Von Dr. Thomas Gesterkamp



## Inhalt

Vorbemerkung .....	3
Vorgeschichte: Männerpolitik in den vorausgegangenen Legislaturperioden .....	4
Gesamtbetrachtung .....	6
Welche männerpolitisch relevanten Themen im Koalitionsvertrag auftauchen .....	6
Was weitgehend fehlt oder nur randständig behandelt wird .....	6
Handlungsempfehlungen, die in konkrete Politik münden könnten .....	7
Fazit: Wichtige Botschaften des Vertrages aus männerpolitischer Sicht .....	8
Bestandsaufnahme: Chronologische Detailanalyse des Koalitionsvertrages .....	9
2-6 Inhaltsverzeichnis .....	9
7-12 Präambel .....	9
13-64 Wachstum, Innovation und Wohlstand .....	10
65-86 Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit .....	11
87-95 Solide Finanzen .....	12
96-143 Zusammenhalt der Gesellschaft .....	13
144-155 Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte .....	15
156-167 Starkes Europa .....	15
168-183 Verantwortung in der Welt .....	15

## Vorbemerkung

Am 17. Dezember 2013 wurde die neue Bundesregierung vereidigt. Eine wichtige Grundlage der zukünftigen Regierungsarbeit ist der geschlossene Koalitionsvertrag.

Für das *Bundesforum Männer - Interessenverband für Jungen, Männer und Väter e.V.* sowie insgesamt für alle, die sich für Jungen, Männer und Väter einsetzen, ist es wichtig und hilfreich, genau zu wissen, was die neue Regierung vorhat. Daher hat das *Bundesforum Männer* den Journalisten und Politikwissenschaftler Dr. Thomas Gesterkamp damit beauftragt, den Koalitionsvertrag unter männerpolitischen Gesichtspunkten auszuwerten.

Das Ergebnis liegt mit dieser Publikation vor. Die darin vorgenommenen Bewertungen geben die Meinung des Autors wieder.

## Vorgeschichte: Männerpolitik in den vorausgegangenen Legislaturperioden

Männerpolitik ist ein missverständlicher Begriff, der Auslegungen in verschiedene Richtungen zulässt. Ist der übliche Politikbetrieb trotz einzelner weiblicher Führungskräfte nicht schon immer Männerpolitik gewesen, geprägt von geschlechterpolitischer Blindheit und der unhinterfragten Verteidigung männlicher Privilegien? In einem Verständnis, wie es auch das *Bundesforum Männer* vertritt, bedeutet Männerpolitik dagegen etwas anderes: eine Sichtweise, die im Rahmen einer emanzipatorischen Gleichstellungspolitik Interessen, Bedürfnisse und auch Diskriminierungen von Jungen, Männern und Vätern explizit wahrnimmt und entsprechend Einfluss zu nehmen versucht.

Diese Interpretation von Männerpolitik als eigenständiges Pendant zur Frauenpolitik hat sich noch längst nicht überall durchgesetzt. Geschlechterpolitik galt lange Zeit ausschließlich als Frauenangelegenheit und wurde von den Akteurinnen auch so definiert: als Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsstrategie “von und für Frauen”, als Ausgleichspolitik, bei der Frauen gewinnen und Männer auf Vorrechte verzichten sollten. Auch Männer, die mit den Zielen der Frauenemanzipation im Grundsatz sympathisierten, hatten in diesem Kontext wenig Gelegenheit, eine eigene Perspektive einzubringen. Männer waren im Prozess der Institutionalisierung von Frauenpolitik seit den 1980er Jahren schlicht keine Adressaten von Gleichstellungspolitik.

In den Bezeichnungen für Ministerien oder Kommissionen tauchten seither, meist im Rahmen einer Aufzählung der Benachteiligten, “Frauen” als Zielgruppe auf. “Männer” blieben stets unerwähnt. Auf Nachfragen (wenn diese nicht gleich auf völliges Unverständnis trafen) hieß es beschönigend, männliche Anliegen seien zwar nicht mitgenannt, würden aber “mitgedacht”. Männer galten pauschal nicht als hilfsbedürftig und damit qua Geschlecht auch nicht als förderungswürdig. Sie schienen in keiner Lebenslage Benachteiligungen zu erfahren oder gar “Opfer” zu sein.

Auf Bundesebene wurde männerpolitischen Interessen während der letzten Legislaturperiode erstmals institutionalisierter Raum zugestanden. Die *schwarzgelbe* Koalition hatte nach der Wahl 2009 im Koalitionsvertrag eine “eigenständige Jungen- und Männerpolitik” angekündigt. In der Abteilung Gleichstellung im Bundesfamilienministerium entstand daraufhin das Referat 415 (zunächst 408) unter dem Titel “Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer”. Als wichtigstes (und am umfangreichsten gefördertes) Ziel proklamierte die damals zuständige Ministerin Kristina Schröder, Männern Chancen in pädagogischen und pflegerischen Berufen aufzuzeigen. Die von 2011 bis 2013 laufende Initiative “Mehr Männer in Kitas” wollte den geringen Anteil männlicher Erzieher in Krippen und Kindertagesstätten steigern. Innerhalb des Projektzeitraums war ein in absoluten Zahlen durchaus beachtlicher, prozentual aber vergleichsweise geringer Anstieg auf mittlerweile gut vier Prozent zu verzeichnen.

Unter *Rotgrün* (1998-2005) und auch während der *Großen Koalition* (2005-2009) hatte es keine dezidiert männerpolitische Akzentsetzung gegeben - abgesehen vom Start der Kampagne “Neue Wege für Jungs”. Die einzigen parlamentarischen Anfragen zum Thema Männer und Jungen stellten in dieser Zeitspanne die CDU-Fraktion 2004 und die FDP-Fraktion 2008. Beiden Initiativen lag allerdings keine geschlechterpolitische oder gar männerpolitische Motivation zu Grunde. Auslöser waren vielmehr Interventionen der Arbeitge-

berverbände, die sich nach dem "Pisa-Schock" Sorgen um das niedrige Qualifikationsniveau männlicher Schulabgänger machten. Es drohe ein vorwiegend "männliches Proletariat", warnte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag 2004; ähnlich argumentierte 2009 ein Gutachten des Aktionsrates Bildung im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

Im Deutschen Bundestag wurden männerpolitische Themen bislang kaum debattiert. Nur einzelne, meist weibliche Abgeordnete beschäftigten sich in der Vergangenheit überhaupt mit Gender-Fragen, noch weniger Parlamentarier/innen interessierten sich für die männliche Perspektive. Die Profilierungsversuche von CDU-Ministerin Schröder ("Jetzt sind die Männer drin") schürten auf den Oppositionsbänken zusätzliches Misstrauen. Nur weil sie der politische Gegner aufgreift oder mangelhaft in die Praxis umsetzt, muss eine Idee aber nicht falsch sein.

Durch die Platzierung der Männerpolitik in der Abteilung Gleichstellung im Familienministerium bieten sich nunmehr immerhin Möglichkeiten für den Austausch zwischen den Akteur/innen in der Geschlechterpolitik. Von einer Verankerung als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe, wie sie das Konzept *Gender Mainstreaming* der Europäischen Union einst vorsah, ist das aber weit entfernt. Denn nicht alle männerpolitisch relevanten Themen können im Familienressort abgedeckt werden. So kommt erst seit ein paar Jahren auch für Männer eine spezifische und vom Staat unterstützte Gesundheitsberichterstattung in Gang - angesichts der über fünf Jahre kürzeren Lebenserwartung des angeblich "starken Geschlechts" ist das überfällig. Dass Gewalt nicht nur von Männern ausgeht, sondern sich (gerade im öffentlichen Raum) auch gegen sie richtet, ist ein noch immer vernachlässigtes Thema. Männliche Verletzbarkeit müsste auch in anderen Ressorts wie Gesundheit, Inneres oder Verteidigung Beachtung finden.

Männerpolitik spielt in der Gleichstellungsdebatte auf Bundesebene trotz kleiner Fortschritte weiterhin eine Nebenrolle - das gilt auch für die finanzielle Unterstützung. In vielen Praxisfeldern (und erst recht in der Förderpraxis der Europäischen Union) hält sich ein Denken, das Geschlechterpolitik mit Frauenpolitik weitgehend gleichsetzt. Dass männerpolitische Anliegen eine eigenständige Legitimation haben und kein bloßer Appendix von Frauenförderung sind, ist keineswegs Konsens. Exemplarisch hat das der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung gezeigt, der vorrangig eine weibliche Perspektive einnahm und männerpolitische Themen wie Gesundheit und Gewalt nahezu vollständig vernachlässigte. In der Prioritätensetzung der Themen drückte sich, trotz gutem Willen einzelner Akteur/innen, die inhaltliche Nachrangigkeit und strukturelle Missachtung von Männerpolitik aus. Zu prüfen ist, welche Anhaltspunkte die Ankündigungen des neuen Koalitionsvertrages bieten, damit sich daran etwas ändert.

## Gesamtbetrachtung

### Welche männerpolitisch relevanten Themen im Koalitionsvertrag auftauchen

Männerpolitik wird im Koalitionsvertrag nachrangig auf zehn Seiten im Kapitel Zusammenhalt der Gesellschaft unter dem Unterpunkt Miteinander stärken und Chancengleichheit verbessern behandelt. Die wolkenigen Überschriften in diesem Teil des Koalitionsvertrages sind eine höflichere Umschreibung all dessen, was Ex-Kanzler Gerhard Schröder einst abschätzig als "Gedöns" bezeichnete: Familie, Gleichstellung, sexuelle Identitäten, Integration.

Immerhin finden sich in dem Textabschnitt einige wichtige männerpolitische Handlungsfelder, wenn auch eher beiläufig und weit weniger umfangreich als die entsprechenden frauenpolitischen Passagen. So werden zum Thema Väter detailliert ausgearbeitete Vorschläge gemacht, etwa beim Elterngeld und bei der Teilzeitarbeit.

Homosexuellen und erstmals auch Inter- und Transsexuellen zollt man immerhin Respekt. Die Aussagen zur rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften bleiben allerdings vage. An der bisherigen Haltung, Urteile des Bundesverfassungsgerichtes abzuwarten und erst unter dessen Druck zu handeln, dürfte sich auch künftig nichts ändern.

Gleich an zwei Stellen in Text findet sich die Aussage, dass eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik Jungen und Männer einbezieht. Dies signalisiert ein Fortbestehen des unter Kristina Schröder eingerichteten männerpolitischen Referats im Familienministerium, das für das *Bundesforum Männer* ein wichtiger Ansprechpartner ist.

### Was weitgehend fehlt oder nur randständig behandelt wird

Wichtig für eine Bewertung ist nicht nur, welche männerpolitischen Themen im Text benannt, sondern auch, welche ignoriert oder am Rande behandelt werden. Es geht also neben dem Offensichtlichen und schriftlich Fixierten auch um die "blinden Flecken" einer fehlenden geschlechterpolitischen Perspektive gerade in den für zentral gehaltenen Politikbereichen jenseits des angeblichen "Gedöns": Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Finanzen, Infrastruktur, Außenpolitik. Anders formuliert: Vergleichbar der Strategie des *Gender Mainstreaming* bräuchte es eine Art "Männer-Mainstreaming", eine Herangehensweise, die alle politischen Handlungsfelder mit Blick auf männliche Interessen, Bedürfnisse oder auch Diskriminierungen betrachtet.

Den ersten beiden ersten Kapiteln zu den Themen Wirtschaft und Arbeitsmarkt liegt eine Denkweise zugrunde, die wie in der Präambel formuliert zwischen Leistungen "in der Arbeit" und "für die Familie" unterscheidet. Die in privaten Beziehungen und in der Familie erbrachten Fürsorge- und Pflegeleistungen sind demnach keine "Arbeit". Gesellschaftlich unsichtbar gemacht, gelten sie entsprechend auch nicht als zentrales Politikfeld.

Das führt zu einer geschlechterpolitischen (und männerpolitischen) Blindheit, die sich in der Vergangenheit immer wieder mittels sprachlicher Fehlgriffen entlarvt hat. Der Koalitionsvertrag bemüht sich in den meisten Passagen um ein zeitgemäßes Wording, wenn er zum Beispiel von "Eltern" oder "Müttern und Vätern" spricht. An einzelnen Textstellen finden sich dennoch Rückfälle in alte Sprachmuster. Prägnant drückt dies vor allem der Begriff "Mütterrente" aus - hier sind Väter per se ausgeschlossen, auch wenn sie vielleicht an der "Lebensleistung" Kindererziehung aktiv beteiligt waren.

Skandalös ist das fast vollständige Fehlen des Themas Männergesundheit. In dem Abschnitt zur Forschung im ersten Kapitel taucht es überhaupt nicht auf, unter Gesundheit und Pflege im zweiten Kapitel nur ein einziges Mal in einer vagen Aussage zur Prävention.

Das Thema Verletzbarkeit und Gewalt gegen Männer bleibt wie schon im Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung eine Leerstelle. Im Kapitel "Zusammenhalt" wird nur die Gewalt gegen Frauen thematisiert. Im außenpolitischen Kapitel "Verantwortung in der Welt" wird Frauen gar eine "Schlüsselrolle bei der Regelung von Konflikten" zugestanden. Dass ganz überwiegend Männer (mittlerweile freiwillig und nicht mehr im Rahmen der Wehrpflicht) für die "Landesverteidigung" zuständig sind und dabei Risiken eingehen, gerät gar nicht erst in den Blick, sondern erscheint selbstverständlich.

Bildung wird im Koalitionsvertrag ausschließlich als wirtschaftspolitisches Thema, als "Investition in Deutschlands Zukunft" behandelt. Die Probleme von Jungen in der Schule und von jungen Männern beim Übergang in den Beruf werden nicht dezidiert erwähnt. Ein Grund dürfte sein, dass die entsprechenden politischen Kompetenzen überwiegend bei den Bundesländern liegen. Immerhin finden sich Hinweise auf eine gendersensible Berufsberatung, die rollentypische Muster aufbricht. Allerdings ist in diesem Kontext eher von Mädchen als von Jungen die Rede.

Im Kapitel zur Finanzpolitik findet sich ein kurzer Passus zum Ehegattensplitting, der sich mit Ausführungsfragen im "Steuervollzug" beschäftigt. Von Änderungen beim Splitting, wie sie die SPD im Wahlkampf forderte ist ebenso wenig zu lesen wie von dem Konzept Familiensplitting aus dem Wahlprogramm der CDU/CSU.

In den Ausführungen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik fällt auf, dass das erst im August 2013 eingeführte und selbst in christdemokratischen Kreisen lange umstrittene Betreuungsgeld überhaupt nicht erwähnt wird.

## **Handlungsempfehlungen, die in konkrete Politik münden könnten**

Koalitionsverträge sind Absichtsbekundungen und noch kein umgesetztes Regierungshandeln. Das geschlechterpolitische Wording hat sich verbessert; Männer werden nunmehr an vielen Punkten mitgenannt und nicht nur mitgedacht. Das bedeutet aber keineswegs, dass ihre Anliegen wirklich in der Politik angekommen sind. Symptomatisch dafür ist, dass sich in der Vereinbarung nur wenige konkrete Handlungsempfehlungen finden, die mit Männerpolitik zu tun haben.

Die anvisierte “Mütterrente” sollte in einem kommenden Gesetzentwurf unbedingt in “Elternrente” umbenannt werden. Denn es gibt durchaus (wenn auch wenige) Väter, die sich um Kinder gekümmert haben, die vor 1992 geboren sind - und dafür auch berufliche Nachteile in Kauf genommen haben.

Die detailliert formulierten Vorschläge zu einer flexibleren Elternzeit, zum Konzept ElterngeldPlus bei Teilzeitarbeit beider Partner und zum Partnerschaftsbonus sind zu begrüßen. Sie schaffen zusätzliche Spielräume bei Experimenten mit der Arbeitsteilung zwischen Müttern und Vätern und ermuntern Männer, den Umfang ihrer Erwerbsarbeit zugunsten familiärer Aufgaben zu reduzieren. Das gilt ebenso für den angekündigten Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit für die Pflege von Angehörigen.

Betreuungsgeld und Ehegattensplitting legen Müttern die Hausfrauen- oder Zuverdienerinnenrolle nahe und beschränken damit auch die Möglichkeiten von Vätern, neben ihrer Ernährerrolle aktive Väterlichkeit zu leben. Dass die beiden Themen im Koalitionsvertrag ganz oder nahezu fehlen und somit alles beim Alten bleibt, ist gleichstellungs- wie männerpolitisch kein Fortschritt.

## **Fazit:**

### **Wichtige Botschaften des Vertrages aus männerpolitischer Sicht**

Der Satz “Eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik bezieht Jungen und Männer ein.” kann als Bestandsgarantie gewertet werden: An dem männerpolitischen Referat im Familienressort dürfte auch Bundesministerin Manuela Schwesig grundsätzlich festhalten. Offen bleibt das künftige Gewicht des Referates: Weder die neue Ministerin noch die neue Staatssekretärin Elke Ferner (beide SPD) haben sich in der Vergangenheit in diesem Themenfeld sonderlich engagiert. Die gönnerhafte Formel “Männer einbeziehen” bleibt fragwürdig, weil sie eine klare Priorisierung der Frauenpolitik beinhaltet. Trotzdem ist eine gewisse Basis dafür vorhanden, Männerpolitik zu “verstetigen”, wie das *Bundesforum Männer* in seinen Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2013 gefordert hat.

Die detaillierten Vorschläge zur Elternzeit und zur Teilzeitarbeit behandeln nicht alle der in den Wahlprüfsteinen des Bundesforums Männer angefragten Aspekte, bieten aber Ansatzpunkte für neue Initiativen in der Väterpolitik. Diese sollten sich nicht ausschließlich auf die Zeit kurz nach der Geburt eines Kindes konzentrieren, sondern auch spätere biografische Phasen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie berücksichtigen.

Die Themen Männergesundheit und Männer als Opfer von Gewalt sind weiterhin nicht Teil der offiziellen politischen Agenda. Hier sollte Männerpolitik finanzielle Unterstützung für mehr Forschung und für Praxisprojekte einfordern - und darauf drängen, dass diese Themen im nächsten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung nicht mehr einfach ignoriert werden.

Bei der rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit heterosexuellen Partnerschaften sollte der Gesetzgeber nicht nur “Respekt zollen”, sondern unabhängig vom Bundesverfassungsgericht die Initiative ergreifen.



## Bestandsaufnahme: Chronologische Detailanalyse des Koalitionsvertrages

Im Folgenden wird der Koalitionsvertrag einer chronologischen Detailanalyse unterzogen. Die Zahlen zu Beginn der Kapitelüberschriften und der nachfolgenden Absätze geben die Seitenzahlen im Vertragstext an. Die originalen Aussagen des Koalitionsvertrages sind kursiv gesetzt, die männerpolitische Kommentierung in gerader Schrift.

### 2-6 Inhaltsverzeichnis

Bereits die Gliederung zeigt die Prioritäten: Das erste Kapitel *Wachstum, Innovation und Wohlstand* macht 64 von insgesamt 185 Seiten des Vertrages aus, also mehr ein Drittel. Rechnet man das inhaltlich verwandte zweite Kapitel *Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit* hinzu, kommt man mit 86 Seiten bereits auf fast die Hälfte des Textes.

Zum Vergleich: Der Unterpunkt *Miteinander stärken und Chancengleichheit verbessern* im Kapitel *Zusammenhalt der Gesellschaft*, in dem männerpolitische Themen vorrangig auftauchen, umfasst bei wohlwollender Berechnung maximal 18 Seiten, also weniger als ein Zehntel des Vertrages.

Selbstverständlich existieren neben Geschlechterfragen viele andere und sogar wichtigere gesellschaftliche Probleme. Der "Genderblick" erklärt nicht die ganze Welt. Das hinter der Schwerpunktsetzung des Koalitionsvertrages steckende Denken lässt sich dennoch mit zwei bekannten Politikersprüchen charakterisieren: "It's the economy, stupid!" (Bill Clinton) oder auch: "Arbeit, Arbeit, Arbeit!" (SPD-Wahlslogan, 1994).

### 7-12 Präambel

7 *Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland - Kinder, Frauen und Männer, Junge und Alte, in Ost und West - ein gutes Leben führen können.*

Schon in der dritten Zeile werden Männer immerhin "mitgenannt".

7 *Lohnabstand zwischen Frauen und Männern*

9 *Gute Arbeit für alle - sicher und gut bezahlt*

*Gesetzlicher Mindestlohn*

*Ausbau und Qualität von Kitas und Ganztagschulen verbessern*

10 *(Die sozialen Sicherungssysteme) sind entscheidend für die gerechte Anerkennung der vielfältigen Leistungen der Menschen, ob in der Arbeit oder für die Familie.*

Hier wird fein säuberlich getrennt zwischen "Arbeit" und "Familie" und damit die traditionelle Bereichsteilung der Industriegesellschaft reproduziert. Häusliche Leistungen wie Fürsorge und Pflege sind keine "Arbeit", die nach diesem Verständnis mit bezahlter Erwerbstätigkeit gleichzusetzen ist.

10 *Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Rente auszahlt. Wir werden daher eine solidarische Lebensleistungsrente einführen. Angesichts verlängerter Lebensarbeitszeit ermöglichen wir langjährig Beschäftigten einen um zwei Jahre früheren abschlagsfreien Rentenzugang.*

Das zielt auf den (ganz überwiegend) männlichen "Eckrentner" mit durchgehender Erwerbibiografie und 45 Beitragsjahren - dessen Geschlecht aber nicht genannt wird.

10 *Die Erziehungsleistung der Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, werden wir stärker würdigen.*

An dieser Stelle werden die (aktiven) Väter noch mitgenannt - später ist dann von "Mütterrente" die Rede...

11 *(Wir wollen) Ehe und Familie stärken. In einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft wollen wir gleiche Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger.*

Ein Widerspruch in sich: Wer die (heterosexuelle) Ehe stärkt und privilegiert, schafft eben keine gleichen Rechte für nichteheliche und gleichgeschlechtliche Partnerschaften.

11 *Gleichstellung der Frauen, etwa durch die Einführung einer Frauenquote und durch das Recht, aus einer Teilzeitbeschäftigung wieder in eine Vollzeitstelle zurückzukehren*

Letzteres könnte auch die (aktiven) Väter interessieren, wird aber nicht so betrachtet.

## **13-64 Wachstum, Innovation und Wohlstand**

13-26 *Deutschlands Wirtschaft stärken*

Männer werden in diesem Abschnitt nirgends explizit erwähnt, es geht aber vorrangig um ihre Jobs in Industrie, Handwerk und freien Berufen. Von boomenden (und überdurchschnittlich Arbeitsplätze schaffenden) weiblich geprägten Branchen wie KITAS oder Pflegediensten ist dagegen nicht die Rede.

26-38 *Bildung und Forschung*

Das Unterkapitel ist fokussiert auf die Themen Hochschulen und Wissenschaft, weil diese Bereiche im föderalisierten deutschen Bildungssystem noch am ehesten teilweise in Bundeskompetenz liegen. Im Kontext der Frauenquote an den Universitäten wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angesprochen, die Etablierung familienfreundlicher Strukturen dabei aber ausschließlich als Frauenthema behandelt. Männer haben nach dieser Denkart offenbar kein Vereinbarkeitsproblem (sondern eine Frau oder ein Kindermädchen zu Hause).

30 *Programme und Wettbewerbe in den MINT-Fächern: Zielgerichtet sollen vor allem Mädchen und junge Frauen für diese Berufsfelder begeistert werden.*

Von Jungen und jungen Männern, die für Pflege- oder Erziehungsberufe begeistert werden sollen, steht hier nichts.

31 *Die (Berufs)Beratung setzt präventiv an, orientiert sich an der individuellen Bildungsbiografie und bricht auch geschlechtsspezifische Muster auf.*

Diese Passage könnte man wohlwollend als gegenderten Blick auch auf Jungen und ihre Berufswahl interpretieren - auch wenn diese nicht explizit genannt werden.

31 *Wir unterstützen Jugendliche mit schlechteren Startchancen.*

Diese allgemeine Formulierung interessiert sich weder für das Geschlecht noch für den Migrationshintergrund der benachteiligten "Jugendlichen".

33 *Forschung für die Gesundheit der Menschen*

Es fehlt jeder Hinweis auf geschlechtsbezogene Aspekte und damit erst recht jede Absichtserklärung, das vernachlässigte Thema Männergesundheit stärker zu erforschen.

37 *Wir werden die nachhaltige Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt fördern.*

Hier wird der Aspekt Migration, wenn auch nicht genderspezifisch, erwähnt - bezeichnenderweise unter dem Gesichtspunkt Fachkräftesicherung.

38 *Personen in der "Stillen Reserve" sollen durch gezielte Ansprache aktiviert werden. Für viele junge Eltern sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Berufsausbildung in Teilzeit der richtige Weg.*

Die "Stille Reserve" ist nahezu ausschließlich weiblich. Statt "junge Mütter" heißt es immerhin "junge Eltern" - das wäre in früheren Koalitionsverträgen anders gewesen.

39-64 *In Deutschlands Zukunft investieren*

Der umfangreiche Rest des Kapitels dreht sich um "hard facts", um die traditionellen harten Männerthemen wie Infrastruktur, Energie und Finanzmärkte. Emanzipatorische männerpolitische "soft facts" haben hier nichts zu suchen.

## **65-86 Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit**

"Jeden Montagmorgen erhalten die Leiter der Arbeitsämter eine Liste der arbeitslosen Familienväter" schlug vor gut zehn Jahren die Hartz-Kommission vor. Ganz so patriarchal und ignorant gegenüber Alleinerziehenden und "Familienmüttern" geht es heute in der Arbeitsmarktpolitik nicht mehr zu, geschlechtsblind aber schon.

65 *Daher wollen wir den erfolgreichen Ausbildungs- und Berufseinstieg für leistungsschwache Jugendliche erleichtern und gezielt begleiten.*

Keine geschlechtsspezifische Differenzierung.

66 *Bewährte Sonderregelungen zur Förderung der Kurzarbeit*

Kurzarbeit und "Abwrackprämie" waren in der Wirtschaftskrise 2009/2010 die wichtigste Stütze zum Erhalt der ganz überwiegend männlichen Arbeitsplätze in der Metall- und Autoindustrie - ohne dass dies jenseits der feministischen Forschung aus der Genderperspektive als männliche Privilegierung betrachtet wurde.

66 *Wir wollen die Arbeitsförderung stärker an den Bedürfnissen von Frauen und ihren häufig unterbrochenen Erwerbsbiografien ausrichten. Deshalb werden wir ein Programm zum besseren beruflichen Wiedereinstieg (...) schaffen.*

Männer, die ihre Kinder erziehen oder Angehörige pflegen, haben die gleichen Probleme und Bedürfnisse, werden aber nicht genannt.

*70 Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich wegen Kindererziehung oder Pflege zu einer zeitlich befristeten Teilzeitbeschäftigung entschieden haben, wollen wir sicherstellen, dass sie wieder zur früheren Arbeitszeit zurückkehren können.*

Hier ist sprachlich alles korrekt, und das versprochene Rückkehrrecht könnte auch Männer motivieren, zeitweilig beruflich auszustiegen.

*72 Mit dem 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente*

Wie schon bei der Präambel erwähnt ein Vorrecht der meist männlichen Standard-Erwerbsbiografie: durchgehend Vollzeit, keine Unterbrechungen.

*73 Kindererziehung besser anerkennen (Mütterrente)*

Politisch ein sinnvolles Vorhaben, das unbezahlte Familienarbeit honoriert. Sprachlich der größte Fauxpas des ganzen Koalitionsvertrages, ein Rückfall in genderblinde Zeiten. In der Erläuterung ist immerhin von "Müttern oder Vätern" die Rede, deren Erziehungsleistung aufgewertet werden soll. Das Wort "Elternrente" in einem späteren Gesetz ist eigentlich ein Muss. Die umgangssprachlichen "Papamonate" heißen schließlich offiziell auch "Partnermonate".

*74 Modernes Entschädigungsrecht*

Hier wird der Begriff "psychische Gewalt" erwähnt, aber nicht geschlechtsspezifisch differenziert.

*75-86 Gesundheit und Pflege*

Im ganzen Abschnitt fällt auf, dass fast nur Aussagen zur Pflege in Heimen und Krankenhäusern getroffen werden. Die gewichtige häusliche Pflege durch (auch männliche) Angehörige, die den Staat massiv entlastet, wird stillschweigend vorausgesetzt. Ein typisches Beispiel dafür, wie Care-Arbeit unsichtbar bleibt und den Politiker/innen gar nicht erst in den Sinn kommt.

*82 Wir wollen die jeweiligen Besonderheiten berücksichtigen, die sich aus der Frauen- und Männergesundheitsforschung (...) für die gesundheitliche Versorgung und die Erarbeitung von medizinischen Behandlungsleitlinien ergeben.*

In dieser Passage über medizinische Prävention findet sich der einzige Satz, der das Thema Männergesundheit zumindest streift. Über einen verlässlich finanzierten Männergesundheitsbericht oder mehr Unterstützung der Krankenkassen bei der Vorsorge für Männer (etwa beim PSA-Test gegen Prostatakrebs) leider kein Wort.

*84 Wer einen anderen Menschen pflegt, braucht dafür Zeit und muss die Pflege mit dem Beruf vereinbaren können. Wir werden die Möglichkeiten des Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetzes unter einem Dach mit Rechtsanspruch zusammenführen.*

Ein sinnvolles und immerhin geschlechtsneutral formuliertes Ziel.

## **87-95 Solide Finanzen**

Mit Steuern und finanziellen Vergünstigungen kann der Staat bekanntlich steuern. Das gilt, wie die Erfolgsgeschichte des Elterngelds als Lohnersatzleistung zeigt, auch und vielleicht in besonderem Maße für die Geschlechterpolitik. Im Finanzkapitel ist dazu nichts zu finden.

90 *Wir wollen die Akzeptanz des Faktorverfahrens für Ehegatten stärken.*

Am Ehegattensplitting (dessen Korrektur der Koalitionspartner SPD versprochen hatte) wird nicht gerüttelt. Im Text geht es lediglich um formale Abwicklungsfragen im "Steuervollzug". Der CDU-Wahlkampfschlager "Familiensplitting" hat sich komplett in Luft aufgelöst. Kein einziges Wort dazu.

## 96-143 Zusammenhalt der Gesellschaft

96-113 *Miteinander stärken und Chancengleichheit verbessern.*

In diesem Unterkapitel finden sich, sprachlich hinter wolkigen Formeln versteckt, auf zehn Seiten die Kernaussagen zur Familien-, Geschlechter- und auch Männerpolitik. Allein die Ausführungen zur "Energiewende" beanspruchen schon mehr Platz im Koalitionsvertrag.

96 *Bevölkerungswandel gestalten*

Bezeichnenderweise startet der Abschnitt mit dem Thema Demografie. Auch hier eine nebulöse Überschrift, immerhin kommt der Inhalt ohne alarmistische Untertöne aus, wie sie das SPD-Mitglied Thilo Sarazin verbreitet.

97 *Wir werden dafür sorgen, dass Frauen und Männer ihre Aufgaben in Familie, Beruf und Gesellschaft partnerschaftlich wahrnehmen können und bestehende geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten insbesondere in der Arbeitswelt beseitigen. Dazu entwickeln wir eine Politik, die die heutigen unterschiedlichen Lebensverläufe berücksichtigt.*

Die "Lebensverlaufperspektive" ist ein alter, aber durchaus tragbarer Hut aus dem Gleichstellungsbericht. Ansonsten, wie immer beim Thema Familie, viele warme Worte. Mit dem Adjektiv "partnerschaftlich" kann man jede politische Maßnahme, aber auch Untätigkeit rechtfertigen. Das im Wahlkampf zwischen CDU/CSU und SPD so kontrovers debattierte Betreuungsgeld wird nicht einmal erwähnt, also künftig stillschweigend beibehalten: peinlich und lästig für die neue SPD-Familienministerin Manuela Schwesig.

98 *Frauen und Männer, die eine Familienphase einlegen, sollen dadurch keine Karrierenachteile erleiden.*

Väter werden in diesem Abschnitt stets mitgenannt oder es wird neutral von "Eltern" gesprochen - im Gegensatz zur Formulierung "Mütterrente" im Kapitel zur sozialen Sicherung. Die politischen Vorschläge (flexiblere Elternzeit, ElterngeldPlus bei gleichzeitiger Teilzeit, Partnerschaftsbonus) sind sehr konkret beschrieben - verglichen mit vielen anderen Passagen des Koalitionsvertrages.

99 *Aktive Väter: Eine zeitgemäße Familien- und Gleichstellungspolitik bezieht auch Jungen und Männer ein. Wir wollen die Rolle des aktiven Vaters in der Kinderziehung und Familie weiter stärken. Erforderlich sind bessere Rahmenbedingungen, damit (...) Männer engagierte Vaterschaft leben können.*

Die ausführlichste Passage des Vertrages zum Thema Väter. Der Satz zur "Einbeziehung" von Jungen und Männern signalisiert eine Fortsetzung der Männerpolitik der Vorgängerregierung und kann als Signal gewertet werden, dass das Männer-Referat in der Abteilung Gleichstellung im Familienministerium erhalten bleibt. Welche "Rahmenbedingungen" die Koalition zugunsten aktiver Väter verbessern will, bleibt unklar.

99 *Adoption*

Eine vollständige Gleichstellung von Lebensgemeinschaften gleichgeschlechtlicher Paare mit Ehen ist nicht vorgesehen - es sei denn, "Karlsruhe" macht Beine...

#### 101 *Mädchen und Jungenpolitik*

Der Satz zur zeitgemäßen Gleichstellungspolitik wiederholt sich an dieser Stelle.

Zudem will man Rollenstereotypen entgegenwirken - wie das geschehen soll, wird nicht erläutert. Klare Aussage dagegen: Die Jungenarbeit soll nicht zu Lasten der Mädchenarbeit ausgebaut werden. Das fordert auch niemand außer ein paar Männerrechtlern.

#### 102 *Gleichstellung sicherstellen*

Hier finden sich die klassischen frauenpolitischen Forderungen wie Antidiskriminierung, Quote und Entgeltgleichheit.

#### 103 *Geschlechtergerechte Berufswahl*

Eine missverständliche Formulierung, gemeint ist eine geschlechtsneutrale Berufsberatung, die sich nicht an althergebrachten Stereotypen orientiert.

#### 103 *Frauenbewegung*

Ein Bekenntnis zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Deutschen Frauenbewegung und eine Bestandgarantie für die in diesem Kontext bestehenden Einrichtungen. Dass auch die wissenschaftliche Aufarbeitung der Männerbewegung Förderung verdient hätte, wird nicht verlangt. Sicher hat die Frauenemanzipation in den letzten Jahrzehnten mehr Frauen bewegt hat als die Männeremanzipation Männer. Doch Größe und Masse sind nicht die einzigen Kriterien für die Relevanz historischer Forschung.

#### 104 *Gewalt gegen Frauen*

Schutzeinrichtungen für Frauen und Kinder sind notwendig. Es gibt aber auch Gewalt gegen Männer, über die (wie im Kapitel über Gesundheit und im Gleichstellungsbericht) kein Wort verloren wird.

#### 105 *Sexuelle Identität respektieren*

Regenbogenfamilien werden gewürdigt, homophobe Einstellungen verurteilt. Erstmals kündigt ein Koalitionsvertrag an, die besondere Situation von Trans- und intersexuellen Menschen in den Fokus zu nehmen. Ein klares Bekenntnis dazu, gleichgeschlechtliche Partnerschaften in allen rechtlichen Punkten mit der heterosexuellen Ehe gleichzustellen, fehlt. Statt politischer Eigeninitiative ist die Rede davon, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zügig umzusetzen: eine abwartende Position, die lediglich reagiert und ausführt, was die obersten Richter zwingend vorschreiben.

#### 105-117 *Zuwanderung, Behinderung, Religion, Minderheiten*

Eine deutliches Bekenntnis zur Vielfalt und zu "Diversity"-Konzepten.

#### 117-143 *Stadtentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Kultur, Medien, Sport, digitale Agenda*

Hier finden sich die übrigen Themen aus dem bunten Mosaik des Kapitels "Zusammenhalt der Gesellschaft". Genderaspekte gibt es nicht, das muss vielleicht auch nicht überall sein.

## 144-155 Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte

Sicherlich gibt es bei Einzelthemen wie Stalking, Massen-Gentests, Rucker-Clubs oder Cyberkriminalität auch Genderaspekte. Diese Aspekte tauchen nicht auf; ob sie für die Männerpolitik relevant sind, sei dahin gestellt.

## 156-167 Starkes Europa

Wird die Politik von Kanzlerin Angela Merkel, die in diesem Kapitel bemühten europapolitischen Verantwortung Deutschlands gerecht? Das wäre Thema einer anderen Debatte. Geschlechter- oder gar männerpolitische Fragen werden hier jedenfalls nicht diskutiert. Interessant gewesen wäre eine Positionierung zur einseitigen Interpretation des Begriffs *Gender Mainstreaming* als rein frauenpolitische Strategie in den Förderprogrammen der Europäischen Union.

## 168-183 Verantwortung in der Welt

Außenpolitik und Militär sind äußerst genderrelevant und mit dem vernachlässigten Thema männlicher Verletzbarkeit verknüpft. Denn nach wie vor sind es ganz überwiegend Männer, die am Hindukusch oder anderswo angeblich unsere Freiheit verteidigen und dabei ihr Leben riskieren. Auch die Öffnung der Bundeswehr für Soldatinnen und die Abschaffung der Wehrpflicht haben daran nichts geändert.

*171 Die Koalition erkennt die Schlüsselrolle von Frauen sowohl bei der Prävention als auch bei der Regelung von Konflikten an.*

Das klingt sehr verallgemeinernd. Gilt der Satz auch für die Falkland-Kriegerin Margaret Thatcher? Und welchem Selbstverständnis folgt die neue Verteidigungsministerin angesichts dieser im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Programmatik?

*177 Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist uns selbstverständlich.*

Innerhalb der neuen Bundesregierung mag das selbstverständlich sein, in der Gesellschaft ist es umstritten und immer wieder Anlass zu Konflikten.

*179 Die Menschenrechte von Frauen und Kinder sind besonders gefährdet. Wir bekämpfen alle Formen von Menschenhandel, Sklaverei, Organhandel, Zwangsprostitution und -verheiratung, Genitalverstümmelung (...)*

Die Menschenrechte von Jungen sind offenbar weniger gefährdet, das heikle Thema Penis-Beschneidung wird ausgespart.

*179 Wir verurteilen homophobe Tendenzen und fördern tolerante lebendige Zivilgesellschaften.*

Ein weiteres Statement gegen die Diskriminierung sexueller Orientierungen.

182 *Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Durchsetzung der Rechte von Mädchen und Frauen zu einer Querschnittsaufgabe deutscher Entwicklungszusammenarbeit machen.*

Ein ehrbares Ziel, entlarvend formuliert: Besteht die Gleichstellung von Frauen und Männern ausschließlich darin, die Rechte von Mädchen und Frauen durchzusetzen?

Aus männerpolitischer Perspektive bestehen an einer solchen direkten Verknüpfung berechtigte Zweifel.

Unbestritten ist, dass gerade im weltweiten Maßstab der "weiße Mann" regiert und Frauen und Mädchen unterdrückt. Dennoch kann es in bestimmten Politikfeldern auch darum gehen, Rechte von Männern durchsetzen.



**Kontakt:**

Verfasser:

Dr. Thomas Gesterkamp  
Theodor-Schwann-Straße 13  
50735 Köln  
Telefon und Fax: 0221-7604899 | [thomas.gesterkamp@t-online.de](mailto:thomas.gesterkamp@t-online.de)  
[www.thomasgesterkamp.de](http://www.thomasgesterkamp.de)

Herausgeber:

BUNDESFORUM MÄNNER Interessenverband für Jungen, Männer und Väter e.V.  
Karl-Liebknecht-Straße 34 | 10178 Berlin  
Telefon: 030 – 275 811 22 | Fax: 030 – 275 811 23 | [info@bundesforum-maenner.de](mailto:info@bundesforum-maenner.de)  
[www.bundesforum-maenner.de](http://www.bundesforum-maenner.de)

Januar 2014

---

Das BUNDESFORUM MÄNNER ist ein professionelles Netzwerk aus derzeit 31 bundesweit tätigen Männerorganisationen und setzt sich für die Belange von Jungen, Männern und Vätern ein. Grundprinzip der gemeinsamen Arbeit ist Geschlechtergerechtigkeit. Das Bundesforum ist offen für Akteure aus Politik, Wirtschaft, Sozialsystemen, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Rechtswesen, Wissenschaft und sonstigen gesellschaftlichen Bereichen.

gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend